

22.04.2013

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fall Hoeneß bestätigt: Ablehnung Steuerabkommen war und bleibt richtiger Weg für Durchsetzung von Steuerehrlichkeit

In einem Artikel der Zeitschrift Focus vom heutigen Tag wird Uli Hoeneß, der Präsident des FC Bayern München und Vertrauter der Bundeskanzlerin sowie des bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer, mit der Aussage zitiert, er habe eine Selbstanzeige wegen Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit einem Konto in der Schweiz getätigt. Weiter erklärt Hoeneß die späte Selbstanzeige damit, er habe dieses Problem ursprünglich über das Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz regeln wollen. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer war nach eigenen Angaben über die Ermittlungen bereits seit geraumer Zeit informiert.

Nach weiteren Medienberichten der Süddeutschen Zeitung soll es sich um einen länger angelegten Fall von Steuerhinterziehung handeln, bei dem Hoeneß ebenso wie viele andere Steuerhinterzieher mehrmals Amnestien verstreichen ließen und bis zuletzt auf das Inkrafttreten des umstrittenen Steuerabkommens setzten.

Dieser konkrete Fall wirft ein besonderes Schlaglicht auf die auch in NRW heftig geführte Debatte über die Sinnhaftigkeit des Steuerabkommens mit der Schweiz und den Kauf von „Steuer-CDs“ durch die NRW-Landesregierung im Kampf gegen die Steuerhinterziehung. Dies zeigt, dass die Ablehnung des Steuerabkommens mit der Schweiz in der gegenwärtigen Form und der Ankauf von „Steuer-CDs“ der richtige Weg für mehr Steuergerechtigkeit und auch Steuerehrlichkeit ist.

Der Fall Hoeneß zeigt, anonymisierte Pauschalamnestien gegen Abschlagszahlungen sind und bleiben der falsche Weg im Kampf gegen Steuerhinterziehung. Notwendig ist auch in NRW eine Debatte darüber, wie ein wirksames Steuerabkommen mit der Schweiz aussehen müsste.

Datum des Originals: 22.04.2013/Ausgegeben: 22.04.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Der Landtag soll sich in einer aktuellen Stunde damit befassen.

Norbert Römer
Marc Herter
und Fraktion

Reiner Priggen
Sigrid Beer
und Fraktion